

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 8. Juni 1905.

№ 66.

Den Herren Delegierten

zur Generalversammlung die Mitteilung, daß die Verhandlungen am 19. Juni, vormittags 9 Uhr, beginnen. Gleichzeitig bemerken wir, daß es bei dem großen Umfange der Tagesordnung nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Verhandlungen sich über eine Woche hinaus ausdehnen; wir ersuchen, bei der Urlaubseinholung dies in Berücksichtigung zu ziehen. Die Zeit der Ankunft ist Kollegen H. Steinbrück, Mathildenstraße 7, I, anzuzeigen. Als Material bitten wir, den Rechnungsbericht des Verbandsvorstandes pro 1904, das Verbandsstatut und die Vorstandsbeschlüsse zur Stelle zu bringen.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Die technische Entwicklung im Maschinenbaue.

Am 14. Mai fand in Breslau im kleinen Börsensaale eine Allgemeine Maschinenmeisterversammlung statt, in welcher der Vorsitzende der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, Kollege Krätke-Berlin, einen Vortrag über das Thema: „Die technische Entwicklung im Maschinenbaue und ihre Wirkungen auf das Gesamtgewerbe“, hielt. Da diese Ausführungen ein allgemeines Interesse besitzen, geben wir — wie üblich — den Versammlungsbericht in Form eines Artikels wieder. Bemerkenswert ist, daß die Versammlung von etwa 100 Kollegen besucht war (darunter auch Kollegen aus Bregenz, Sigmund, Mlogau, Neurobe und Posen), ferner waren der Gehilfenvertreter Schlag und der Ortsvorsitzende Härtel sowie eine kleine Anzahl Seher anwesend. Kollege Krätke erklärte eingangs seines Referates, er sei dem Rufe hierher um so lieber gefolgt, weil im Osten des Reiches noch nicht soviel Streiter für unsere Sache standen seien, als im übrigen Deutschland. Seine Ausführungen böten auch manches Interessante für die Seherkollegen, weil vielen von diesen der Maschinenbaue noch eine terra incognita sei. Das liege in den jetzigen Verhältnissen, welche eine strenge Forderung des Arbeitsprozesses in unserm Berufe herbeiführt haben.

Redner schilderte namentlich die eminente Entwicklung im Druckerfaule seit Einführung der ersten Schnellpresse und deren Wirkung zunächst auf das Zeitungswesen. Die ersten Leistungen, 1000 Druck pro Stunde einer vierseitigen Zeitung, seien bald überholt worden durch Doppelmaschinen mit 2500 bis 3000 Druck stündlich. Hierauf folgten vier- bis sechsfache Maschinen mit entsprechender Mehrleistung. Die Produktion sei damit aber damals dem Bedarfe vorausgeeilt, so daß, als 1873 auf der Wiener Weltausstellung die erste Notationsmaschine an die Öffentlichkeit trat, sich dem Staunen über die Leistungsfähigkeit dieser Maschine bald Zweifel zugesellten, ob es auch möglich sein würde, die neue Maschine rationell auszunutzen. Die Zeit hat die Zweifler belehrt — der einfachen Notationsmaschine mit 7000 bis 8000 Druck achtseitiger Zeitungen pro Stunde folgte die Zwillingmaschine mit 10 bis 15000 Stundenleistung. Die neueste Zeit brachte die sogenannten Deckel-Maschinen, die etagenweise übereinander gebaut, ihre Papierstränge vereinigen und dadurch 48seitige Zeitungen in 12000 Exemplaren stündlich liefern, fertig zur Expedition. Der „Vorwärts“ in Berlin werde bei 24 Seiten in 24000 Exemplaren stündlich hergestellt. Das entspreche im Vergleiche mit der Schnellpresse der Stundenleistung von 144 Schnellpressen zusammen. Auch im Drucke mehrfarbiger illustrierter Zeitschriften sei die moderne Technik leistungsfähiger geworden. Die Zeitschrift „Nimm mich mit“ z. B. werde vierfarbig in 100000 Exemplaren wöchentlich in Berlin hergestellt. Noch mehr leistet Amerika, dort erscheinen fast täglich fünffarbige Beilagen. Die letzte Nummer des „New York Herald“ erschien mit solchen 220 Seiten stark.

Redner kam dann auf die Fortschritte im Illustrationsdrucke zu sprechen. Die Verbesserungen in der Zinkätzung erforderten bald den Bau stabilerer Schnellpressen größeren Formates und Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit.

Redner führte hierzu an die Nr. 17a von König & Bauer mit 140 cm Formathöhe, ferner die Schwingermaschinen von Johannisberg mit doppelter Leistung (3000—3500 Druck stündlich und nur einer Zuriichtung). Die Zweitourmaschine, insbesondere die „Perfekty“, welche Anfang der 90er Jahre aus Amerika eingeführt wurde und 32 Spalten Lexikonformat drucke, 1500 doppelseitige Exemplare stündlich. Die Illustrationsrotationsmaschine aber, welche die „Boche“ drucke, liefere stündlich 7500 Exemplare zu 32 Seiten geschnitten und gefalzt und ohne Bänder tadellos ausgelegt, sie verrichte damit wieder die Arbeit von vier bis fünf Zweitourmaschinen. Ferner beleuchtete der Referent die Vorteile der „Variable“-Notationsmaschine ihrer veränderlichen Formate wegen und besprach dann noch die Zweifarbenrotationsmaschine, welche Kalender, Zweifarbenwerke sowie Schulkalender mit 7500 Druck stündlich herstelle.

Des weitern führte Redner die Fortschritte in Erzeugung farbiger Illustrationen nach der Natur, Wiedergabe von Künstlern usw. an, die erst in farbigen Holzschnitten und geätzten Platten erfolgte und zwar bis zu 13 Farben.

Eine Umwälzung und Vereinfachung brachte die Erfindung des Dr. Albert: der Dreifarbenbrud. Doch wurde auch dieser wieder überholt durch die Citrochomie, welche in vier Farben hintereinander auf Zweifarbenmaschinen gedruckt die herrlichsten Effekte hervorbringt. Aber auch hier ruft der Erfindungsgeist nicht. Der Graf Turati in Mailand will farbige Bilder von einem Klischee in einem Arbeitsgange drucken. Der Russe Orlov stellt bereits in der russischen Staatsdruckerei fünf- bis sechsfarbige Wertpapiere von einem Klischee her.

Ein Ingenieur in Kopenhagen druckt mit einem an der Schnellpresse angebrachten Apparate vierfarbige Bilder (mit vierfarbigen Platten) in den Text.

Ferner erwähnte Redner noch die Duplexfarben, welche eine Stimmung in Autotypen erzeugen wie früher zwei Klischees und besprach weiter die Erfindung der Reliefklischees, welche die sogenannten fliegenden Drucker überflüssig machen, weil zu jedem Klischee gleich der Ausschritt mitgeliefert wird, welchen diese Drucker eben erst herstellten. Zum Schlusse wurde die mechanische Zuriichtung angeführt, welche eine Arbeit von früher zwei Tagen in jetzt einem halben Tage ermöglicht.

Die Technik sei nun zwar durch neue Erfindungen und Verbesserungen mit Riesenschritten vorwärts geeilt und habe einen wahren Siegeszug gehalten, aber leider dadurch in unseren Reihen keinen Segen, sondern Not und Elend geschaffen. Jede neue Erfindung ist uns zum Fluche geworden, denn hinter ihr lauert das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Den Beweis hierfür bieten die letzten zehn Jahre. Die Zahl der Drucker zu den Sehern ist wie 1 zu 6, man müßte füglich annehmen, daß auch das Verhältnis bei den Arbeitslosen daselbe sei. Aber das Material des Tarifantes betreffend die Arbeitsnachweise zeigte, daß das Verhältnis der Arbeitslosen in Wirklichkeit wie 1 zu 3, in manchen Wochen 1 zu 2, sogar 1 zu 1,2 war. Bei 44 Arbeitsnachweisen gab es 34 Monate, wo die Arbeitslosenzahl der Drucker gleich war derjenigen der Seher, bei 14 Monaten überstiegen sogar die Drucker die Seher, z. B. Frankfurt 8 Drucker, 3 Seher, Magdeburg 5 Drucker und nur 2 Seher. Im März d. J. gab es in Berlin 80 arbeitslose Drucker bei 81 Sehern, in Breslau im Februar 3 Drucker, 2 Seher, im März 6 Drucker, 6 Seher.

Man müsse sich nun fragen, ob es nötig ist, daß Erfindungen so verheerend einwirken? Es sei wohl klar, daß mit der Steigerung der Produktion auch der Konsum gestiegen sei, aber doch nicht in demselben Maße, so daß eben Ueberproduktion herrsche.

Die ersten Maschinenmeister haben schon im Jahre 1848 die Gefahr erkannt und bereits die Forderung aufgestellt, daß jeder Drucker nur eine Maschine zu bedienen habe. Wo ist diese Forderung geblieben? Die Seher haben sich bei Einführung der Segmaschine mehr gerührt und Erfolge gehabt; wir haben gleichgültig fortgewirkt und zwei bis drei Maschinen bedient. Es muß künftig unsere Aufgabe sein, so zu arbeiten, daß die Kirche im Dorfe bleibt, immer mit Ruhe und in sauberer Weise, vor allem sei aber das Mitarbeiten zu vermeiden. Ferner schuld an der Verschlechterung sind die Lehrlinge

in bezug auf Zahl und Wahl sowie die Ueberstunden, durch welche leider so mancher Kollege sich ganz gern einen Mehrverdienst verschaffe. Daß er aber dadurch das Ganze schädigt und mit zu ungünstigen Verhältnissen beiträgt, überlegt er sich nicht. Wo ein Teil krank ist, leidet natürlich das Ganze mit, so bei uns durch arbeitslose Drucker der Verband. Haben aber die Unternehmer durch Ausshungerung erst die Drucker gezügelt, so werden sie gar bald verschunden, auch auf die Seherkollegen nachteilig einzuwirken. Zeigen wir uns daher als echte, redliche Verbandsmitglieder, die keinen Mißstand mehr aufkommen lassen, wirken wir durch eine einige, geschlossene Phalanx mit auf unsern Tarif ein, insbesondere auf die Lehrlingskassa. Durch Zusammenschluß in Maschinenmeistervereinen sollen nicht Sonderbestrebungen gepflogen, sondern die gewerkschaftliche Kleinarbeit verrichtet werden, denn der Verband kann nur das große Ganze fördern, die speziellen Einzelheiten müssen wir als fertiges Material liefern. Als unsere Hauptaufgabe müssen wir es aber betrachten, jeden einzelnen Kollegen bei uns heranzubilden zum denkenden Menschen!

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifalle aufgenommen. Davan schloß sich eine rege Diskussion, in welcher u. a. der Wunsch zutage trat, daß an Ziegeldruckpressen neue Hilfskräfte nicht mehr angelernt, sondern nur gelernte Drucker daran beschäftigt werden sollten.

Kollege Krätke erklärte hierzu: Man war nach der letzten Tarifrevision 1901 der Meinung, daß auch Ziegeldruckpressen künftig als Druckmaschinen gelten sollten. Wäre habe diese Meinung bestritten. Es sei bei Elzner nun ein Entschiede herbeigeführt worden; man wolle, daß die Ziegeldrucker das Minimum erzielten, da kam aber vom Tarifretar Schliebs der Bescheid, daß Ziegeldruckpressen außer acht zu lassen sind, dies wären keine Druckmaschinen im Sinne des Tarifes. Redner schloß mit der Aeußerung: „Wir sind also bei der letzten Tarifberatung auch wieder über den Düssel barbiert worden.“

Der Gehilfenvertreter Schlag entgegnete, daß, da die Berliner die Sache mißverstanden haben, der Bescheid des Tarifantes richtig gewesen sei.

Ein weiterer Wunsch, daß gewisse Normen für die Arbeitsweise tariflich festgesetzt werden müßten, wurde als ungenügend schwierig erklärt. Es bleibe nur übrig, in unseren Vereinen stets für ruhiges, sicheres Arbeiten zu wirken, dann dürfte man mit der Zeit eine gewisse Gleichmäßigkeit erzielen und wirklich schneller haftende Kollegen werden sich schließlich auch dann danach richten, und zu bestimmter Arbeit auch bestimmte Zeit verwenden. Kollege Fröb in Borsdorf-Viegnitz teilte mit, daß sich auch in Viegnitz für den ganzen Bezirk ein Verein gebildet habe. Vom Vereine in Bautzen war ein Telegramm eingegangen, das Beste für unser Streben wünschend.

Der Gehilfenvertreter Schlag erkannte an, daß Kollege Krätke in ruhiger Weise gesprochen und auch nicht über das Ziel hinausgeschossen habe.

Nach einem kräftigen Appelle an die unsern Vereine noch Fernstehenden, der Organisation beizutreten, schloß der Vorsitzende die sehr gut verlaufene Versammlung. Im großen Börsensaale bot eine reichhaltig ausgestattete Ausstellung von Drucksachen eine willkommene Ergänzung zu den Ausführungen des Referenten. Der Berliner Arbeiterverein sowie die hiesige Typographische Gesellschaft hatten diese Ausstellung durch ihren Fundus besonders interessant gestaltet, wofür hiermit nochmals herzlich gedankt sei. Die wenigen Stunden bis zur Abreise der fremden Kollegen wurden nachmittags im Südpark, abends auf der Siebighöhe in anregender Aussprache verbracht.

B.

Zur Hilfsarbeiterfrage.

Bezugnehmend auf den Artikel des Kollegen S. in Brandenburg in Nr. 58 des „Corr.“, die Hilfsarbeiterfrage betreffend, gestatte ich mir, auch einige Bemerkungen zu machen, um unsere Spezialkollegen zur Aeußerung ihrer Ansichten in dieser für uns so sehr aktuellen Frage zu ermahnen.

Schreiber dieses ist seit fünf Jahren in einem Zeitungs- und Kfz-fabrikbetriebe als Steuerehrer tätig. In der ersten Zeit meiner Kondition hatte ich genügend

Zeit, mit zwei Maschinenmeisterkollegen die Platten herzustellen. Jetzt hat sich aber nach und nach die Lage so geändert, daß ich des Mittags gezwungen bin, die letzten acht Seiten in 70 bis 80 Minuten zu liefern.

Meine ganze Tätigkeit kann ich also nur auf das Schlagen der Formen beschränken, alle anderen Arbeiten, wie Gießen und Fertigmachen, bin ich gezwungen, zwei Hilfsarbeitern zu übertragen, um rechtzeitig fertig zu werden.

Bei dem Engagement der Hilfsarbeiter war es dem Prinzipale nur darum zu tun, möglichst geschickte und intelligenteste Leute einzustellen. Er versprach ihnen ein Gehalt bis zu 30 Mk. für die Woche mit der Bemerkung, wenn sie sich im Laufe der Zeit die Fertigkeit im Stereotypieren aneignen, sollten sie zur gegebenen Zeit den gelernteren Stereotypen ersehen — oder für gewisse Fälle den Mauseisener spielen.

Auch die Herstellung der Matrizen sollte ich den Hilfsarbeitern übertragen, worauf ich natürlich nicht einging. Daß man gegen derartige Mißstände in der Provinz sehr zu kämpfen hat, sieht wohl jeder ein, zumal in tariflicher Hinsicht bei uns nichts festgelegt ist.

Die Fälle, in welchen der Stereotypen verschuldet oder unverschuldet dem Hilfsarbeiter Platz machen mußte, sind nicht vereinzelt. Leider hat der vom Schreiber dieses mit so großer Hoffnung begrüßte zeitiger Stereotypentarif nur die Arbeiter der Galvanoplastiker und nicht die der Stereotypen präzisiert. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, eine rege Meinungsäußerung (die hoffentlich nicht allein im „*Corr.*“, sondern in erster Linie in den Vereinigungen der Stereotypen erfolgt. Red.) in dieser Frage herbeizuführen, um bei der nächstjährigen Tarifrevision die Wünsche der Stereotypen in tariflicher Hinsicht endlich zur Annahme zu bringen; denn es entspricht nicht den Tendenzen eines Tarifvertrages in einem Gewerbe, wenn ein Spezialzweig desselben davon ausgeschlossen ist.

* * * H.

In Nr. 58 des „*Corr.*“ schneidet Kollege S. in Brandenburg a. S. dieses Thema an. Hier ist ein ähnlicher Fall: Ein Arbeiter, welcher das Waschen der Formen usw. zu besorgen hat, wird während der Zeit, in welcher die Zeitung stereotypiert wird, in der Stereotypie als Hilfsarbeiter beschäftigt. Derselbe gießt und bearbeitet nicht nur perfekt, sondern versteht auch Matrizen zu schlagen und zu freischen; kurzum, er ist so weit, daß er einem Stereotypen ins Handwerk pfeifen kann. Außerdem besorgt er noch zum Teile das Gießen in der Flachstereotypie.

Woran liegt es, wenn uns eine so unliebsame Konkurrenz in der Arbeitskraft groß wächst? Meiner Ansicht nach in vielen Fällen am Stereotypen selbst! Meistens wird das Gießen und Matrizenfreischen als etwas Leichtes angesehen, welches an manchen Tagen, wo nicht die rechte Luft dazu da ist, gern dem Hilfsarbeiter übertragen wird. Ich habe unsere Hilfsarbeiter mit unheimlicher Geschwindigkeit Matrizen freischen sehen. Und welcher Arbeiter wird wohl eine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich eine Fertigkeit anzueignen, die ihm von Nutzen sein kann? Ebenso wird bei vorwiegender Rundstereotypie die Flachstereotypie, sei es auch noch so wenig, als unangenehm angesehen, welches der Stereotypen gern dem Hilfsarbeiter überläßt und sich dann schließlich daß wundert, wenn ihm der Mann über den Kopf wächst.

Ich bin der Meinung, daß gerade in der Stereotypie die Tätigkeit des Hilfsarbeiters auf das Bearbeiten der Platten zu beschränken ist, wenn auch eine „Mittelfe“ beim Gießen in der Rundstereotypie nicht zu vermeiden sein wird. Vermittlungen des Hilfsarbeiters, Gelegenheit zum Matrizen schlagen sowie streichen zu bekommen, sind vom Stereotypen ganz energisch zu verhindern.

Hildesheim.

-r-

Korrespondenzen.

Affenburg. Die am 27. Mai abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschäftigte sich u. a. mit der Besprechung der Anträge zur Generalversammlung. Eine größere Selbständigkeit der Gewerkschaft wurde allgemein beifällig vorgetragen. Bezüglich der sich auf den Tarif beziehenden Anträge entschied man sich für Revision des Tarifes und unterstützte namentlich den von Stuttgart hierzu eingebrachten Antrag. Für den Abschluß der Tarifgemeinschaft von Organisation zu Organisation, sowie für die Festsetzung der Gültigkeitsdauer des Tarifes auf drei Jahre hielt man den Zeitpunkt noch nicht gekommen. Unter den Abänderungsanträgen zum Statut sprach man sich für eine Regelung des Gewerkschafts- und Ortszuschußwesens im Sinne des Gothaer Antrages aus. Ferner wurde dem von zahlreichen Orten gestellten Antrage, welcher den Unterschied im Bezuge von Umzugskosten zwischen freiwillig und gezwungen Umziehenden abgeschafft wissen will, zugestimmt, sowie eine mäßige Erhöhung des Sterbegebühres für Mitglieder mit über 1000 Wochenbeiträgen beschlossen. Beides hielt man auch ohne Steuererhöhung für durchführbar. Auch erklärte man sich für eine Regelung des „*Corr.*“ an den Sitz des Hauptvorstandes, jedoch nicht für eine Preiskommission, indem man mit der Redaktionsführung im großen und ganzen, allerdings nicht ohne gegenteilige Meinungen, einverstanden war.

Gau Bayern. (Vorstandsbericht.) Im ersten Quartale 1905 wurden 9 Sitzungen abgehalten, wovon zwei in Gemeinschaft mit dem Münchener Ortsausschusse. — Die Agitationsarbeit im verflochtenen Quartale wurde wesentlich erleichtert durch die Entschlüsselung des Staatsministeriums des Königl. Hauses und des Leuberen, ergangen an die Regierungen, Kammern des Innern betr. Vergütung der Druckaufträge des Staates an nur tariftreue Druckereien. Wir vermerken auch an dieser Stelle dankend das seitens der maßgebenden Personen für unsre Tariffache beifolgende Interesse. — Die am 1. März aufgenommene Statistik über die im Buchdruckgewerbe beschäftigten Gesellen und ihre Verteilung auf die einzelnen Spezialarten ergab im Gau Bayern folgendes Resultat: Faktoren 198 (Verbandsmitglieder 103), Korrektoren 105 (63), Handseher 2718 (2231), Maschinenseher 170 (150), Drucker 675 (571), Schweizerdegen 209 (81), Stereotypen 103 (83). Nach der Statistik von 1898 ergibt sich ein Mehr von 51 Faktoren, 30 Korrektoren, 417 Handsehern, 170 Maschinensehern, 207 Druckern, 54 Schweizerdegen, 40 Stereotypen. Die Gesamtzahl der Gesellen betrug 1898: 3209, 1905: 4178. 1905 waren zu verzeichnen: 2084 Verbandsmitglieder und 1125 Nichtverbandsmitglieder. 1905: 3282 Verbandsmitglieder, 896 Nichtverbandsmitglieder. Die Gesellenzahl ist seit 1898 um 969, die Zahl der Verbandsmitglieder um 1198 gestiegen, die Zahl der Nichtverbandsmitglieder ist um 229 gefallen. — Befragungen wegen Uebertretung der Krankenkontrollvorschriften mußten wieder in hohem Maße erfolgen. Auf München entfielen 8 diesbezügliche Urteile; das Strafmaß stellt sich wie folgt: 1 Fall 1 Tag Entzug, 2 Fälle je 2 Tage, 1 Fall 7 Tage und 4 Fälle mit völligem Entzuge des Krankengeldes, wozu in einem der letzteren Fälle noch eine Geldstrafe von 20 Mk. kommt. Nürnberg hat 2 Befragungen, eine mit 2 Tagen und eine mit völligem Entzuge zu verzeichnen. Würzburg ebenfalls 2 Fälle: eine mit 3 Tagen und einen mit völligem Entzuge und 20 Mk. Geldstrafe. In Lauingen verlor ebenfalls ein Mitglied auf die Dauer seiner Krankheit die Unterstützung. Umzugskosten erhielten 8 Mitglieder zusammen 341 Mk. — Den Vergarbeitern im Ruhrgebiete wurde der Betrag von 750 Mk. aus der Kasse übergeben. — Postverkehr: Eingegangen sind 1225, abgegangen sind 1329 Postsendungen. — Bewegungssstatistik. Mitgliederstand Ende des IV. Quartals 3333; neu eingetreten 95, wieder eingetreten 32, zugereist 96, vom Militär 1; abgereist 138, zum Militär 2, ausgetreten 15, ausgeschlossen 8, invalide 4, gestorben 2; Mitgliederstand Ende des I. Quartals 3388. Arbeitslos waren 483 Mitglieder 12638 Tage, krank waren 536 Mitglieder 11553 Tage. — Kassenbericht: a) Verbandskasse: Es fluteten 3557 Mitglieder in 108 Orten 4208 Wochenbeiträge à 1,10 Mark und 49 Wochenbeiträge à 50 Pf. = 44253,30 Mk.; Eintrittsgebühren von 70 Mitgliedern à 1 Mk. und 25 Mitgliedern à 2 Mk. = 120 Mk., Ordnungsstrafen von 16 Mitgliedern 129,80 Mk., zurückgezahlte Unterhaltungen von 7 Mitgliedern 50,65 Mk.; Gesamtentnahme somit 44553,75 Mk. Verkauft wurden für die Arbeitslosenunterstützung 11501,25 Mk., Reiseunterstützung 2594,70 Mk., Umzugskosten 187 Mk., Krankengeld und Verpflegungskosten in Krankenanstalten 15046,90 Mk., Invalidenunterstützung 4252 Mk., an Begräbniskostenbeiträgen 400 Mk., für Verwaltungskosten (3 Prozent der Einnahme an die Kasse überwiesen) 1336,61 Mk., sonstige Ausgaben 3630 Mark. Die Gesamtausgaben betragen demnach 35354,76 Mark; 6000 Mk. wurden als Vorfuß pro II. Quartal 1905 zurückbehalten und 3198,99 Mk. wurden an die Hauptkasse nach Berlin eingahnt. — b) Kasse: Vermögensbestand Ende des IV. Quartals 1904 48722,76 Mark, hierzu 40257 Wochenbeiträge à 5 Pf. = 2012,85 Mark, Verwaltungsprocente von der Verbandskasse 1336,61 Mark, für Abfertigung der Reisenden bei der Bahnhalle München 8,80 Mk., an Zinsen usw. 853,18 Mk.; zusammen 52934,20 Mk. Ausgegeben wurden Geschenk an die Vergarbeiter im Ruhrgebiete 750 Mk., außerordentliche Unterstützung an 1 Mitglied in Diefen 20 Mk., für Agitation 77,40 Mk., Verwaltungsprocente der Mitgliedschaften 845,36 Mk., Gesäfter und Remunerationen 1020,50 Mk., Bureauanteile usw. 150 Mk., Abonnementen 4,26 Mk., Druckkosten 600 Mk., Postkosten 117,35 Mk., sonstige Ausgaben 89,79 Mk.; Gesamtausgaben 3674,66 Mark, verbleibt Vermögensbestand am Ende des I. Quartals 1905 49259,54 Mk. — Die Gesamtsumme für Unterstützungsarbeiten im Gau Bayern betrug im I. Quartale 1905 34751,85 Mk. — Wähler- und Kassenergebnisse wurden von den Herren Reviseurs Gutzberger, A. Köhler, J. Simon und G. Lerar sowie von dem beidseitigen Sachverständigen Herrn Königl. Senjal Wilhelm Wiber am 18. Juli 19. Mai 1905 vorgenommen und alles in Ordnung gefunden.

th. Berlin. Die Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands beschloß in ihrer am 27. Mai abgehaltenen Sitzung, den Düsseldorf Korrektorenverein zu ersuchen, die Förderung unsrer Organisation im Gau Rheinland-Westfalen tatkräftig in die Hand und zu diesem Zwecke den Namen „Korrektorenverein für den Gau Rheinland-Westfalen, Sitz Düsseldorf“ anzunehmen. Es werden daher alle Berufskollegen in diesem Gau, die ihren Beitritt zu unsrer Berufsorganisation zu erklären und dadurch mit beizutragen gewillt sind, unseren so gerechtfertigten Bestrebungen (Erweidung möglichst günstiger, tariflich festgelegter Arbeitsbedingungen, Vereinigung aller deutschen Korrektoren in Verbände, Bekämpfung der unlauteren Elemente im Korrektorenberufe, Vermittlung

von Arbeitsgelegenheit usw.) zur siegreichen Durchführung zu verpflegen, ersucht, dieselben mit Kollegen Emil Pröpfer, Düsseldorf, Bilkerallee 204, II, in Verbindung zu treten. Weiter beschloß die Kommission, sofort an alle Zweigvereine die von denselben benötigte Anzahl von gemeinsamen Rundschreiben zur Verwendung zu bringen, mittels welchen diejenigen Firmen, die Mitglieder unsrer Vereinigung beschäftigen, ersucht werden, ihren Korrektoren Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Auch über die aufzunehmende Korrektorenstatistik im ganzen Reiche wurde endgültig dahin beschloßen, die benötigten Fragebogen den einzelnen Gauvereinen ebenfalls zu gehen zu lassen. Diefelben werden aber gleichzeitig dahin angewiesen, wenn fluktuierende, mit der Saison zusammenhängende Verhältnisse vorhanden sind, die Aufnahme der Statistik dann lieber im Herbst vorzunehmen. Eine Anfrage von auswärts, den in den Sitzungen des Berliner Vereins enthaltenen Punkt „Unterstützung seiner in Not geratenen Mitglieder“ betreffend, wurde dahin beantwortet, daß dies nur fakultativ aufzufassen sei und der Berliner Verein hierfür eine eigene Opferkassette in jeder Versammlung heranzubringen lasse. Unterstützungszeile seien von keinem uns angeschlossenen Vereine geplant, noch würden solche jemals auf Aufnahme zu rechnen haben. Zum Schluß betonte der Vorsitzende noch, daß er zu seinem großen Bedauern die Erklärung abgeben müßte, daß sich die Zentralkommission genötigt sehe, leider ihren „einhelmenden“ Standpunkt beizubehalten und auch fernerhin von jedem Mitgliede den „horrenden“ Wochenbeitrag von fünf Pfennigen zu erheben gezwungen sei.

th. Berlin. (Verein Berliner Korrektoren.) In der am 21. Mai abgehaltenen Versammlung, die als ein sehr erfreuliches Zeichen des immermehr wachsenden Interesses auch einen sehr zahlreichen Besuch der Kollegen aus der nächsten Umgebung aufzuweisen hatte, erhielt nach erfolgter Aufnahme von drei neuen Mitgliedern und Verlesung der Anmeldungen sowie nach vollzogener Ersatzwahl eines Schriftführers und Beisizers der zweite Vorsitzende Wittenberg das Wort zu einem Referate über: „Was erwarten die Korrektoren von der Generalversammlung?“ In einem längeren Vortrage beleuchtete der Referent, ausgehend von dem Anfange der jetzigen Bewegung unsrer Spezialgruppe, in klaren, äußerst sachlichen Worten die Lage unsrer Berufskollegen. Noch zu Anfang des vorigen Jahres, führte der Vortragende aus, war von einer Organisation der Korrektoren selbst bei bescheidensten Ansprüchen nichts zu entdecken. Heute sei die Lage als eine wesentlich andere, erfreulichere zu bezeichnen, denn dank dem Eisauftritte der Korrektoren komme der alte Grundsatz: „Seher- und Korrektoreninteressen sind eng miteinander verbunden“, wieder zu Ehren. Gestützt auf eine allmählich erstarkende Organisation erhoben die Korrektoren von neuem mit allem Nachdruck den Ruf nach Berücksichtigung der Interessen ihrer Gruppe und erhoffen von dem Gerechtigkeitssinne der diesmaligen Generalversammlung aus Billigkeitserückachten sowohl wie auch im Interesse der Gesamtorganisation die Erfüllung ihrer gerechten Forderungen, denn ohne tariflichen Schutz seien die Korrektoren Verbandsmitglieder ohne Rechte und dieser Zustand sei auf die Dauer unhaltbar. Unser wesentlichster Wunsch sei daher die Einbeziehung der Korrektoren in den Tarif. Fast wörtlich führte der Referent weiter noch folgendes aus: Ein zweiter Wunsch zur Generalversammlung betrifft die Abschaffung der Schmutzkonturrenz, welche den Korrektoren zum Teile durch Invaliden des Verbandes gemacht wird. Hier liegt ein weites Feld noch unbedarft, auf dem das Unkraut laufig wuchert. Ich meine, die Schuldunkonturrenz bei den Hauskorrektoren (Heimarbeit). Hier Ordnung im Gewerbe zu schaffen, wird eine wichtige Aufgabe späterer Jahre bleiben. Und ich glaube, der Verband wird vor dieser Aufgabe nicht zurückweichen, sondern den Korrektoren, wenn sie erst einig und geschlossen dastehen, beihilflich sein, auch diesen Lugiasfall zu säubern. Gegenwärtig liegt es uns nur nahe, zu verhindern, daß uns die eignen Berufsgenossen, die Invaliden, in den Rücken fallen, und daher können auch wir nur mit brennendem Verlangen hoffen und wünschen, daß dem diesbezüglichen Leipziger Antrage Folge gegeben werde. Beides vorher Erwähnte sind zwei wichtige wertvolle Momente für die Gesundung unsrer Berufes und daher der nachhaltigen Beachtung und Würdigung seitens der Generalversammlung zu empfehlen. Den dritten Punkt, den wir der Generalversammlung als Wunsch vorzutragen haben, ist die Bitte um materielle Unterstützung unsrer Bestrebungen durch Gewährung einer Beihilfe, und zwar hoffen wir, daß die Generalversammlung es berücksichtigen wird, daß wir am Anfange einer mit Energie und Talraft eingeleiteten jungen Bewegung stehen, die manches für die Zukunft verspricht, daß die Aufwendungen jetzt naturgemäß große sind, und daß es sich daher empfiehlt, ein wenig tiefer als sonst in den Sackel zu greifen. Ein letzter Wunsch wäre noch vorzubringen hinsichtlich der Karenzzeit bei der Invalidenkasse des Verbandes für die durch die Korrektorenbezugung neu gewonnenen Verbandsmitglieder (Nichtbuchdrucker). Die Sache ist wichtig genug, um angeschnitten und ihrer Regelung näher geführt zu werden. Nachdem einmal den nicht aus dem Buchdruckerberufe hervorgegangenen Korrektoren die Möglichkeit der Aufnahme in den Verband geboten ist, müßte aus Billigkeitserückachten für sie, mindestens aber für die gleich nach der letzten Generalversammlung Beigetretenen, eine Regelung der Karenzzeit derart eintreten, daß ihre Berechtigung zum

Invalitätsansprüche mangels bestehender Bestimmungen nicht etwa bis auf die äußerste Grenze heraufgesetzt wird; denn es hat ja gar nicht in ihrer Macht gelegen, früher in den Verband einzutreten. Ich würde empfehlen, eine Praxis zu schaffen, gemäß welcher allen geübten Beigetreteten nach fünf Jahren (mindestens 200 Wochenbeiträgen), den bis zur diesjährigen Generalversammlung Beigetreteten nach zehn Jahren (mindestens 400 Wochenbeiträgen) und den übrigen nach fünfzehn Jahren die Invaliditätsansprüche gewährleistet würden. Es trete dies gleichzeitig als werbendes Moment in die Erscheinung. Zum Buchdruckgewerbe ist unzweifelhaft gegenwärtig eine starke Evolution im Gange. Alles strebt nach Einheit und Geschlossenheit. Nur eine Frage der Zeit ist es, wenn der Verband nach Einschluß des Gutenbergbundes umständlicher Hüter und Garant der Ordnung im Gewerbe sein wird. Fallen sieht man Blatt auf Blatt! Unter den Nichtverbändlern ist schon eine eilige Hast, vor dem Regen noch unter das schützende Dach des Verbandes zu kommen; denn der Verband ist dann nicht nur der Hüter des Tariffriedens, sondern auch der einzige Schutzherr gegen Ausbeutung. Der Tarifgedanke wird weiter Wurzeln schlagen und uns vor großen Kämpfen bewahren, bei denen Tausende von Epizizen aus Spiel gesetzt werden, dagegen wird der „Krieg im Frieden“, der ständig geführt wird zum Schutze der Tarifbestimmungen, den Korrekturen nach Ausnahme unserer Urträge und unserer Aufnahme in den Tarif endlich nach jahrelanger Dornenbahn auch einmal den Schutz und die Förderung verschaffen, die sie lange, lange schmerzlich entbehren. Möge die diesjährige Generalversammlung in dieser Hinsicht ein Wendepunkt für die Entwicklung unsers Berufs werden! Unsere noch nicht unter Dach und Fach befindlichen Kollegen werden sich freilich beilen müssen, dem Verband der Deutschen Buchdrucker beizutreten, wenn sie sich nicht selbst Rechte vergeben wollen. Möge das neue Jahr die gesamten Korrekturen geit unter dem Banner des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erblicken. Ihnen und uns allen rufe ich im Sinne der Einigung zu: „Noch ist es Zeit, da rühre sich der Mann; es kommt die Nacht, da niemand wirken kann!“ Mit gespanntem Interesse war die Versammlung den Ausführungen des Redners gefolgt und drückte demselben durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung und ihren Dank für seinen Vortrag aus. Die hieran sich anschließende Diskussion ergab reichliche Aussprache. Der erste Vorsitzende erwähnte an Anschlüsse an einen herzlichen Dank an den Vortragenden: „Wir hoffen, daß die unter den Korrekturen entstandene, auf die Verbesserung ihrer Lage gerichtete Bewegung, die nur innerhalb der Gesamtorganisation des Verbandes zu einer gedeihlichen Entfaltung gelangen kann, dadurch ihre Anerkennung erfährt, daß die Generalversammlung geschlossenen dafür stimmt, die zuständigen Vertreter anzuweisen, bei den künftigen Tarifverhandlungen die Aufstellung besonderer Positionen für Korrekturen mit allem Nachdruck zu vertreten.“

Berlin. (Generalversammlung des Vereins aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.) Wegen eines Preisauflages von Neufesten in ganz schmalen Kussbüchlein hatten sich die Ausschüsse zweier Gießereien mit ihren Geschäftsleitungen zu verständigen gehabt. Während die eine Gießerei Entgegenkommen zeigte, hat die andre bisher noch keinen Ausschlag bewilligt, weil sie die Schrift etwas weiter zuzusetzen läßt. Der Vorstand hat Stellung genommen zu der Einstellung von Leuten, die das Schriftgießergewerbe nicht erlernen haben. Vom allgemeinen Arbeiterstandpunkte ist ja jeder Arbeiter, ob gelernt oder nicht gelernt, gleich zu achten. So lange aber Lehrlinge ausgebildet werden und Arbeitslose an Plätze sind, zwingt uns der Selbsterhaltungstrieb dazu, zu verlangen, daß gelernte Schriftgießer eingestuft werden. Den Wiener Kollegen, die von jetzt ab an den Komplettschneidern genaue Höhe geben sollen, wofür sie einen Ausschlag verlangen, wird, wenn es zum Kampfe kommen sollte, im voraus unsere Unterstützung zugesichert. Wegen der Einstellung von gelernten Gießern an Gießapparate der Lanston-Monotypie hat sich die Zentralkommission an das Tarifamt gewandt. Das Tarifamt sieht sich indes außer Stande, dem Wunsche entsprechen zu können, da die Tarifbehörden nicht berechtigt seien, Bestimmungen zu treffen, die eine Gruppe des Gewerbes treffen würde, die der Tarifgemeinschaft nicht angeschlossen ist. Im übrigen erklärt das Tarifamt, daß an der Monotypie nur gelernte Buchdrucker zu den im Tarife vorgezeichneten Bestimmungen beschäftigt werden dürfen, wenn die Firma als tariffrei gelten will. Die Ansicht der Versammlung hierzu ist: Hat die Organisation die Macht, werden unsere Wünsche Berücksichtigung finden, sonst können wir zu Pontius und Pilatus laufen. Die Arbeiterinnen haben den Antrag gestellt: Für die ersten beiden Lebensstunden 10 Pf. und die weiteren 20 Pf. Extravergütung zu erhalten. Der Antrag ist den Prinzipalen unterbreitet worden, und wird Verhandlung hierüber stattfinden, zugleich sollen einige unerledigt gebliebene Punkte aus einer früheren Verhandlung mit erledigt werden. Die in einer kurzen Periode sich häufenden Todesfälle an Gehirns- oder Herzschlag haben Veranlassung gegeben, eine Untersuchung über die möglichen Ursachen dieser Erscheinung anstellen zu lassen. Diese Untersuchungen sind noch nicht zu Ende. Als Beitrag hierzu hat uns der Hauptkassierer des Verbandes statistische Angaben aus dem Jahre 1904 über die vorgekommenen Krankheitsfälle gemacht. Diese Angaben fallen sehr zu ungunsten der Gießerei aus. Während auf rund 40000 Mitglieder 19076 Krank-

heitsfälle mit 507811 Krankheitstagen kommen, entfallen auf rund 1000 Gießerei 633 Krankheitsfälle mit 18245 Krankheitsstagen. Der halbjährige Kasienbericht ergibt einen Kasienbestand von 15471,70 Mk. Die Zahl der Konditionslosigkeiten, die jahrelang durchschnittlich zehn betrug, ist auf drei heruntergegangen. Für die streikenden Bergarbeiter sind 901 Mt. abgeliefert worden. Die Vorstandswahl hat folgendes Resultat: E. Beckhahn Vorsitzender, H. Flachsmann Kassierer, G. Reinde 1. Schriftführer, H. Bretting 2. Schriftführer, E. Kämmerer, C. Marquardt, Reitmeyer, Buder Beisitzer. Claus F. Fürst, E. Meyner Revisoren.

Breslau. Ein stark besetzter Extrazug führte unsern Ortsverein am 28. Mai zur Feier des Stiftungsfestes nach Hundsfeld. Bei prächtigem Wetter fand im Garten des Festslokales ein Konzert statt, an das sich die üblichen Preisspiele für Damen, Herren und Kinder schlossen. Hierauf fand die erste Feier im Saale statt, wobei wir wieder die Freude hatten, drei Jubilare, den Kollegen Paul Gache, Adolf Betjehet und Otto Urbach die Glückwünsche des Vereins und Anerkennung für ihr treues Festhalten am Verbandsausprechen zu können. Der Gesangsverein „Gutenberg“ verbotete die Feier durch Lieberdorträge. Nach dem Feste war Gelegenheit gegeben, auch dem Tanze zu fröhnen, während im Garten, dessen Tische durch die Gewinne einer Vespertanz von Klummen ein festliches Gepräge zeigten, weitere Gesangs- und Musikausführungen stattfanden.

Chemnitz. Die am 27. Mai abgehaltene Versammlung beschäftigte sich u. a. auch mit der Tagesordnung zur Generalversammlung des Verbandes. Es wurden in erster Linie die Urträge, den Gauvorsitzenden eine größere Bewegungsfreiheit einzuräumen, die Berliner, sowie die Urträge, den Tarif von Organisation zu Organisation abzuschießen, einer Besprechung unterzogen. Auch der „Corr.“-Redaktion wurde Erwägung getan. Eine Resolution, die — gleich den Urträgen Dejan und Breslau — eine andre Regelung der Vertretung auf den Gewerkschafts-Kongress wünscht, wurde angenommen. Die Versammlung beschloß sodann, das Vereinslokal nach dem Restaurant „Zur Hoffnung“ zu verlegen sowie zur Einweihung des Härtelbenkmalns einen Kranz zu spenden.

Fürth i. B. Am 27. Mai veranstaltete die hiesige Mitgliederversammlung eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Ferien im Buchdruckgewerbe und welche Stellung ist von der hiesigen Gießereifachschaft dazu einzunehmen?“ Kollege Scherzer hatte das Referat übernommen, und wurde dem Redner für seine trefflichen Ausführungen reichlicher Beifall gezollt. Die Versammlung einigte sich dahin, eine viergliedrige Kommission zu wählen, die an die hiesige Prinzipalität herantreten soll, um letztere aufzufordern, ihren Beihilfen die soziale Vergünstigung der Ferien zu gewähren. Bemerkte sei noch, daß bereits die Firma Lion ihrem gesamten Personale bei einjähriger Tätigkeit einen dreitägigen, bei zweijähriger Tätigkeit einen sechstägigen Urlaub gewährt.

Hamburg. Zu dem Redaktionsdynamen an meinem Versammlungsberichte habe ich folgendes zu bemerken: Ich habe nicht nur meine Rede ausführlich wiedergegeben, sondern die ganze Debatte über den „Corr.“, und zwar in der Erinnerung an den Berliner Versammlungsbericht, über den sich R. beklagte, er sei so raffiniert abgefaßt, daß man die betreffenden Redner nicht fassen könne. Dem habe ich vorgebeugt. Ich wollte R. Gelegenheit geben, genau zu wissen, was der eine oder andre gesagt hat. Ich habe weiter, um dem Einwurfe zu begegnen, als sei das in der Versammlung Gesagte nur Beweislose Behauptung, für jede meiner Behauptungen den Beweis angetreten. Das scheint nicht mehr erlaubt zu sein. Daß die übrigen Redner nicht so ausführlich den Gegenstand behandeln, ist nicht meine Schuld. Jedenfalls wird mir jeder Redner bestätigen, daß er in dem Berichte nicht zu kurz gekommen ist. Es ist aber nun sehr eigentümlich, daß die Redaktion gerade meine Ausführungen gestrichen hat. Konsequenterweise hätte dann die ganze Debatte über den „Corr.“ gekürzt werden müssen. Eigentümlich ist dies Verhalten der Redaktion um so mehr, als ich wie gesagt in meiner Rede für jede Behauptung den Beweis angetreten habe. Ich habe bewiesen, daß R. unduldsam und rechtshaberisch ist, ich habe bewiesen, daß R. auf die Kollegen in grenzenloser Ueberhebung herabsieht, und ich habe bewiesen, daß R. das tarifliche Interesse über das Verbandsinteresse stellt. Es zeugt doch nur für die Beweisraft des von mir Gesagten, wenn die Redaktion glaubt, meine Ausführungen könnten nicht ohne Widerspruch Ausnahme finden. Oder schämt man das Urteilsvermögen der „Corr.“-Leser so niedrig ein? — Die Sache stellt sich also so: Der Berliner Versammlungsbericht, der genau nach einem früheren Neuhäuserchen Rezept ein Stimmungsbild der Versammlung bot, war in rapistischer Weise abgefaßt, die Redner waren nicht zu fassen. Ich führe, um einem gleichen Vorwurfe zu entgehen, genau an, was jeder Redner gesagt und erbringe für jede meiner Behauptungen den Beweis. Meine Beweise werden unterschlagen, und ich erhalte das Zeugnis, mein Berichtshatteramt mißbraucht zu haben. Ein derartiges Urteil abzugeben, sind für mich nur die Hamburger Kollegen zuständig; ich kann versichern, daß ich diesem Urteile getrostes Mutes entgegenstehe. Robert Klantke.

Zu Anschlüsse an vorstehendes habe ich als Leiter der betreffenden Versammlung zu erklären, daß Kollege Klantke sämtliche Redner über den „Corr.“ in gleicher Ausführlichkeit wiedergegeben hat, die Behauptung, R.

habe sein Berichtshatteramt mißbraucht, somit den Tatsachen nicht entspricht. W. Dreier.

Anmerkung: Zu vorstehenden Erklärungen bedarf es meinerseits, der die Zusammenziehung der Klantkeischen Ausführungen im Hamburger Versammlungsberichte in Nr. 61 verächtete, auch einiger Worte. Zunächst sei bemerkt, daß Kollege Neuhäuser die Zusammenfassung der Rede des Kollegen Klantke nicht gebilligt hat; er erklärte nach seiner Rückkunft aus Köln vielmehr, diese Ausführungen hätten gebracht werden müssen und wenn sie auch noch so wenig den Tatsachen entsprächen. Kollege Klantke verwarft sich also gegen den Vorwurf, sein Berichtshatteramt mißbraucht zu haben, von ihm seien vielmehr alle Redner gleichmäßig beachtet worden. Eine Aufstellung über die Reden in der betreffenden Versammlung ergibt nun, daß die Kollegen Dorchauer (zweimal gesprochen) mit 8 1/2 Zeilen, Scharnberg (do.) mit 12, Zimmermann mit 5 1/2, Köhler mit 8 Zeilen gegen den Kollegen Neuhäuser, Andreas und Schramm mit je 7, Dreier mit 9 Zeilen für den Angegriffenen Negitrierung fanden. Das, was Kollege Klantke vorbrachte, machte jedoch 66 Manuskriptzeilen aus! Einmal dieser auffällige Umstand veranlaßte mich, von Klantkes Ausführungen nur einen Extrakt zu bringen, in welchem aber gerade die schärfsten Wendungen der R. enthalten sind, andererseits jedoch boten mir die aufgestellten Behauptungen Klantkes Anlaß zu der Bemerkung, daß dieselben bei voller Veröffentlichung nicht hätten unividerproben bleiben können, weil sie eben — das ist wenigstens meine Auffassung! — mit den Tatsachen mehr oder weniger auf dem Kriegsfuß stehen. Ich hätte daher diese Ungenauigkeit auf Grund der genauesten Kenntnis der in Frage stehenden Dinge nicht unividerproben hinausgehen lassen; weil damit aber der Beweisaufnahme durch die Generalversammlung vorgegriffen wäre, so veranlaßten mich tattliche Erwägungen zu handeln wie geschähen. Daß ich nicht im geringsten eine Einschränkung der Meinungsfreiheit damit beabsichtigte, beweist die Tatsache, daß an dem Klantkeischen Berichte sonst nichts gestrichen und gerade seine schärfsten Beschuldigungen veröffentlicht wurden. Wäre Kollege Klantke der erste Redner in der Correspondententagelegenheit gewesen — was nicht er, sondern der Kollege Dreier war —, so hätte ich gegen den Umfang seiner Ausführungen wohl weniger Bedenken hegen können, weil dann Klantke gewissermaßen als Referent zu dieser Angelegenheit angesehen war. Wenn nachträglich nun der Bericht im „Hamburger Echo“ über diese Versammlung uns zugänglich gemacht wird, der mit Ausnahme einiger, jedenfalls von der Redaktion jenes Blattes gestrichener Sätze, die sich jedoch nicht auf die Correspondententagebeate beziehen, wirklich mit dem uns gefandten übereinstimmt, so kann das ja eigentlich nicht als Gegenbeweis zu meiner Auffassung gelten, da dieser Bericht ebenfalls der Feder des Kollegen Klantke entstammt. Immerhin soll Kollege Klantke feierlichst von dem schwarzen Verdachte, sein Berichtshatteramt mißbraucht zu haben, freigesprochen werden, womit wohl der Beweis erbracht ist, daß von den der Redaktion des „Corr.“ angebotenen Sünden und Untugenden die der Nechthaberei am wenigsten zutrifft. Dieser Vorwurf könnte vielmehr auf solche Kollegen Anwendung finden, die in einem Aemtzuge dreimal behaupten: „Ich habe bewiesen“. Ich an Klantkes Stelle hätte die weniger peremptorische, sondern die taktvollere Form gewählt: Ich glaube bewiesen zu haben. W. Krahl.

Hufum. Auf die Zurechtweisung des schleswig-holsteinischen Gauvorstandes in Nr. 61 der „Corr.“ sei kurz folgendes erwidert: Wenn der Vorstand schreibt, eine Verwendung der Stimmzettel kurz vor dem Wahltermine hätte eine stärkere Beteiligung zur Folge, so wollen wir dieses gern glauben; jedenfalls ist eine Frist von „zwei Tagen“ doch wohl etwas zu kurz bemessen. Der Gauvorstand muß aber wissen, daß gerade die kleineren Mitgliedsklassen sehr auf die Stimmzettel warten, da sie doch in den meisten Fällen erst am dem Zirkulare die Namen der von den „das Schwergewicht und die ansehnliche Mehrheit“ besitzenden Druckorten aufgestellten Kandidaten kennen lernen. Was würden diese Druckorte wohl sagen, wenn eine Mitgliedsklasse von zehn Mann aus ihrer Mitte einen Delegierten aufstellen würde? Die kleinen Mitgliedsklassen sind also darauf angewiesen, sich die Unterstützung von zwei der vier größten Druckorte zu sichern, um einigermaßen Aussicht auf Durchbringung eines bestimmten Kandidaten zu haben. Glaube denn der Gauvorstand dadurch, daß bei dem zweiten Drucke der Stimmzettel noch ein Probingfolge auf die Liste kam, die Chancen derselben zu verbessern? Eine Verstärkung über einen gemeinsamen Provinzandidaten kann nach unserer Ansicht außer durch den Gantag auch durch Schriftwechsel erfolgen; letzteres ist wohl etwas unständlicher, jedenfalls aber nicht so kostspielig. Wie kann der Gauvorstand nun aber schreiben: so beduziert die Mitgliedsklasse Hufum: der Gauvorstand hat die Nichtvertretung der sogenannten „Probing“ auf der Generalversammlung abichtlich verächtet. Es heißt in dem fraglichen Hufumer Berichte: Es trat sogar die Meinung hervor, daß dieses (die späte Zustellung) abichtlich vom Gauvorstande geschähen sei. Wir sind nun der Ansicht, daß (freudvoll) zwischen beduziert und konjektiert (d. h. vermutet) doch ein kleiner Unterschied gemacht werden muß. Die Unterstellung, daß wir den Gauvorstand nur als „Prügelknaben“ benutzen wollen, müssen wir energig zurückweisen, denn so groß war die „Aufregung“ über die von anderer Seite erfolgte Kandidatenaufstellung“ denn doch nicht, um eine Prügelzene zu

veranstalten. Jedenfalls hätte eine „rechtzeitige“ Zustellung der Stimmzettel“ ein anderes Wahlergebnis zur Folge haben können. An der **Zatjache**, daß die Stimmzettel erst zwei Tage vor Schluß des Wahltermins in unsere Hände gelangten, ändert auch die „der ganzen deutschen Buchdruckerwelt“ mitgeteilte Erklärung des Gauvorstandes nichts, und mit einer derartig späten Ueberlieferung kann sich die hiesige Mitgliedschaft nicht einverstanden erklären. Hiermit betrachten wir die Sache für erledigt. Für den Ortsverein Hufum der Vorstand: gez. Ströb, Lademann, Thomsen.

d. Köln a. Rh. Wohl eine der interessantesten Versammlungen in der Geschichte unseers Ortsvereins war die am 26. Mai, an dem Freitag der für die deutsche Gewerkschaftsbewegung so bedeutungsvollen Woche des fünften deutschen Gewerkschaftskongresses. War es uns doch vergönnt, in dieser Woche auch einmal alle die Kollegen persönlich kennen zu lernen, die uns zwar durch ihre hervorragende Tätigkeit in unserem Verbandesleben und dem Namen nach keine Fremdlinge waren, denen es aber durch ein heimtückisches Schicksal: die „Größe“ unseers Vaterlandes, verwehrt war, sich auch einmal intra muros der „heiligen Colonia“ zusammenzufinden. Daß die Kölner sich diese Gelegenheit nicht entgehen ließen, unsere delegierten Kollegen zu einer Versammlung einzuladen, ist wohl selbstverständlich. Und alle sind der Einladung gefolgt: Döblin, Rejhäufer, Seiß (München), Knie (Stuttgart), Grafmann (Essen), außerdem die Kollegen Schoret (Essen) und von ganz oben runter Srenski aus Posen. Wenn ich gesagt habe, alle seien der Einladung gefolgt, so ist das nicht ganz richtig, denn zwei der Kongreßkollegen, deren Bekanntschaft zu machen die Versammlung ganz bestimmt hoffte: Majjini und Engelbrecht (Berlin — Leipzig), hatten den schönen Maianabend dazu benutzt, ihn außerhalb eines dämpften Versammlungsraumes zuzubringen. „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und die Tarifgemeinschaft“, so lautete das Thema, zu dem in liebenswürdiger Weise Kollege Knie (Stuttgart) das Referat übernommen hatte. Daß der Vortragende sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise entledigte, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Aus seinen allgemeinen Ausführungen sei nur hervorgehoben, daß er besonders die Notwendigkeit engsten Zusammenstufes mit der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft betonte. Alles Kleinliche müsse zurücktreten, wenn es heiße, daß durch den Zusammenschluß der Arbeiter für dieselben etwas Ersprießliches getan werden sollte. Der Vortragende erntete am Schluß seiner trefflichen Rede die herzlichsten Beifallskundgebungen. Kollege Döblin griff den Faden der Diskussion auf, indem er besonders auf die eigenartigen Verhältnisse im Verbandsleben Rheinlands-Westfalens hinwies. Hier sei noch ein reiches Arbeitsfeld zu beackern und hier müsse man möglichst das Trennende vermeiden. Redner wies auf die christliche Strömung hin und betonte, daß wir es nie und nimmer zulassen könnten, daß Verbandsmitglieder für die christlichen Gewerkschaften Propaganda machen. Aus demselben Grunde hat Redner aber auch die Mehrheit des Kölner Ortsvereins, von ihrem Beschlusse, den Ortsbeitrag zugunsten des Gewerkschaftshaus um 5 Pf. zu erhöhen, abzusehen; das Verbandsstatut gebe den Protestieren das formelle Recht, und so könnten auch die Protestier ihre Absicht, freiwillig Bausteine zu liefern, ausführen. Es sei zu bedenken, wenn auch zu begreifen in Ansehung der Verhältnisse am Orte, daß das alte demokratische Prinzip des Verbandes resp. seiner einzelnen Vereine hier nicht zum Ausdruck gekommen sei. Unser Gauvorsitzer Grafmann beschäftigte sich nunmehr ebenfalls mit der Angelegenheit und richtete eindringliche Worte mit der Aufforderung an die Opponenten, ja nicht zu vergeßen, daß ein einheitliches Zusammenstehen der Kollegen jetzt notwendig denn je sei. Aber auch die übrige Arbeiterschaft habe das Recht, von den Buchdruckern zu verlangen, daß sie in Fragen der Solidarität zu ihr im innigsten Einverständnis stehe. Deshalb könne er es sehr wohl begreifen, daß die Mehrheit der Kölner Kollegen an ihrem Beschlusse festzuhalten gewillt war. Redner empfahl, das nun freiwillig durchzuführen, wozu sich die Minderheit angeblich nicht zwingen lassen will. (Lebhafte Beifall.) Kollege Seiß (München) verzichtete in Unbetracht der ausführlichen Darlegungen des Referenten und der Diskussionsredner darauf, auf spezielle Buchdruckerfragen einzugehen; er gab eine kurze Uebersicht über die Verhandlungen des Kongresses, die ja den Besen des „Corr.“ mittlerweile bekannt geworden sind, und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit der Arbeiterkoalition. Kollege Schoret (Essen) erinnete an die Zeit seiner Mitgliedschaft vor einigen Jahrzehnten im Kölner Ortsvereine; die damalige Mitgliedschaft hatte allerdings an einem mächtig großen runden Tische Platz, aber geschloffen war sie allezeit, wenn es galt zu handeln. Daß es heute wieder so werde, sei sein innigster Wunsch. Nunmehr kam die Reihe des Redners an Kollegen Rejhäufer. Er meinte zwar, er könnte nichts mehr zu dem bereits Gesagten hinzufügen, wurde aber durch einen Rufus daran erinnert, daß er doch sonst mit seinen „Schwänzen“ ziemlich freigebig sei. Er hatte denn auch noch einen auf Lager, den er der Versammlung in ausgiebigstem Maße zu kosten gab. Seine Ausführungen über die allgemeine Lage, insbesondere die der Kölner Mitgliedschaft, in einer so „verbindlichen“ Form gehalten, daß wohl jeder der Anwesenden wußte, „woran“ er war. Der Schluß seiner Rede wurde von einer spontanen Beifallskundgebung begleitet. Nach einem Schlußworte des Vorsitzenden Rosa m p blieben die Anwesenden

noch längere Zeit bei einem Glase Bier zusammen. Uebervorträge der Gesangsabteilung Typographia und Einzelvorträge wechselten in der Spanne Zeit ab, die uns die auswärtigen Kollegen bei so außergewöhnlicher Gelegenheit persönlich näher brachte. Leider mußten wir von einem besonders kommerse insolge des noch immer währenden Bierboikotts absehen, und auch die Ehrung für unsern Kollegen Dauben anlässlich seines 60jährigen Berufsjubiläums mußte aus diesem Grunde vorläufig unterbleiben. Soffen wir, daß die Kongreßkollegen einen recht guten Eindruck aus unsern alten Colonia mitgenommen haben, der sie veranlaßt, auf der Dresdener Tagung unsern Wunsch nachzukommen, dafür einzutreten: die nächste Generalversammlung findet in Köln a. Rh. statt.

Leipzig. (Korrektorenverein) Die Versammlung am 29. Mai war gut besucht und hatten auch einige Delegierte zur Generalversammlung der Einladung Folge geleistet. Die Vereinsnadrachten betrafen den Situationsbericht und andere geschäftliche Mitteilungen. Die Fragebogen zu einer allgemeinen Korrektorenstatistik sollten im Einvernehmen mit der Zentralkommission erst im Herbst verfaßt werden, um beweiskräftigeres Material für die Tarifberatung zu erhalten. Beim zweiten Punkte gab der Vorsitzende in ausführlicher Weise den Erwartungen Ausdruck, die die Korrektoren von der Generalversammlung hegen. Nach nochmaliger Begründung der einschlägigen Anträge wurde unter Bezugnahme auf den Artikel in Nr. 61 des „Corr.“ ausgeführt, daß die Generalversammlung die Notwendigkeit des engern Zusammenstufes der Spezialkollegen voranschicklich nicht befreiten, sich dagegen nur gegen verschiedene Auswüchse wenden werde. Daß alle Untoffen für die Sparten vom Verbands übernommen werden, sei natürlich nicht zu erwarten; Dpfer müsse jeder bringen, der sich ein Ziel stecke, ohne solche sei nun einmal kein Erfolg zu erreichen, aber eine Beihilfe für die notwendigen „Tagungen“ aller Sparten, ohne Bevorzugung, dürfe wohl am Plage sein. Die Meinung der Versammlung kam in folgender Form zum Ausdruck: „Die Korrektoren erwarten von der Verbandsgeneralversammlung in Dresden eine Anerkennung der Spartenvereine als effizienzberechtigt und unterstützungswert, sofern dieselben ihre Spezialinteressen dem Verbandsinteresse unterordnen und anglieben. Die Leipziger Korrektoren geben sich ferner der Hoffnung hin, daß die Generalversammlung den Anträgen, die eine Anerkennung der Korrektoren als gleichberechtigte Spezialgruppe im Rahmen des Verbandes wie innerhalb der Tarifgemeinschaft anstreben, wohlwollend entgegenkomme und erklären ausdrücklich, daß sich der Leipziger Korrektorenverein, wie alle übrigen Korrektorenvereine, streng im Rahmen des Verbandes bewegt. Die Leipziger Delegierten werden höchst erucht, im obigen Sinne Stellung nehmen zu wollen.“ Hierauf wurde beschlossen, an die Prinzipale, welche Vereinsmitglieder beschäftigen, das begründete Ersuchen zu richten, den Korrektoren die so nötigen Ferien zu gewähren. Es erfolgten sodann drei Neuaufnahmen und zwei Anmeldungen. Weiteren Meldungen seitens der Verbandsmitglieder wird sechst entgegengelesen.

L. Reiffe. Die erste diesjährige Bezirksversammlung wurde am 21. Mai hierseits abgehalten. Anwesend waren 69 Kollegen, und zwar aus Reiffe 18, Bries 34, Dppeln 13, Leobschütz 2 und aus Münsterberg und Ottmachau je 1 Kollege. Nach dem Berichte des Vorsitzenden sind die tariflichen Verhältnisse in den drei größeren Druckorten Bries, Reiffe und Dppeln als befriedigende zu bezeichnen. Einige Firmen in kleineren Orten des Bezirks haben zwar den Tarif anerkannt, beschäftigen aber keine Verbandsmitglieder. Da unser Kassierer Woywod durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, erstattete Kollege Kunisch den Kassenbericht, welcher zu Einwendungen keinen Anlaß gab. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Sodann wurde in die Beratungen über ein Bezirksjohannisfest eingetreten. Nach längerer Debatte für und gegen wurde beschlossen, daselbe in Bries abzuhalten, und erklärte sich der Brieser Ortsverein bereit, die Vorbereitungen zu übernehmen. Den auswärtigen Kollegen wurde volle Fahrtschuldigung gewährt. Als Ort zur Abhaltung der nächsten Bezirksversammlung wurde Bries gewählt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Bekanntmachung.

In der Privatklagefache des Schriftsetzers Eugen Genuan in München gegen den Redakteur Ludwig Rejhäufer in Leipzig wegen Beleidigung hat das königliche Schöffengericht Leipzig in der Sitzung vom 3. Mai 1905 für Recht erklärt:

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung zu achtzig (80) Mark Geldstrafe, hilfsweise zu fünfzehnzwanzig (25) Tagen Gefängnis verurteilt. Er bezahlt die Gerichtskosten und erstattet dem Privatkläger die diesem erwachsenen notwendigen Auslagen. Auf Antrag des Beleidigten, des Schriftsetzers Eugen Genuan, ist der verfügbare Teil des Urteils in der Druckchrift „Correspondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“, und zwar in demselben Teile und mit denselben Lettern wie der Abdruck des beleidigenden Artikels gesetzt, auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen, und zwar binnen 4 Wochen von der Zustellung einer Ausfertigung des Urteils an den Privatkläger ab.

Vorstehendes gebe ich als Vertreter des Privatklägers Eugen Genuan hiermit öffentlich bekannt. München, den 27. Mai 1905. R u n p f, Rechtsanwalt.

Rundschau.

Ferien! Die Firma Julius Nagel in Mühlheim (Ruhr) bewilligte aus Anlaß ihres fünfzigjährigen Geschäftsjubiläums sämtliche Angefertigten Ferien, und zwar nach dreijähriger Tätigkeit vier Tage; für jedes weitere Jahr gibt es einen Tag mehr bis zur Höchstbauer von 14 Tagen, selbstverständlich bei Fortzahlung des Lohnes. In diesem Jahre treten etwa 60 Personen in den Genuß dieser Vergünstigung.

Die Innung Leipziger Buchdruckerbesitzer hielt sechste eine Versammlung ab, in der seitens des Vorsitzenden, Herrn Ottomar Wittig, in seinem Berichte über das abgelaufene Geschäftsjahr u. a. betont wurde, daß das letztere bei genügender gewerblicher Beschäftigung wenig befriedigende Preise für die gelieferteten Arbeiten ergeben habe. Hieran trage die Hauptschuld die Preisdrücker kleinerer und kleinster Offizinen. Durch Unstuferteilung in gewerblichen und namentlich Konkurrenzfragen sowie Errichtung einer Berechnungstabelle wurde die Innung dieser Kalamität entgegenzutreten. Nach Erlebung einiger weiterer Innungsangelegenheiten wurde auch die von uns neulich erwähnte Buchdruckerfchulangelegenheit zur Sprache zu bringen versucht. Herr Mäjer selbst trat für eine Klärung der Sache ein. Da jedoch, wie schon berichtet, diese Angelegenheit einer gerichtlichen Prüfung unterzogen wird, ging die Versammlung ohne eine Erörterung derselben auf Wunsch des Vorsitzenden zur Tagesordnung über, worauf die Schlußausführungen Mäjer, Fischer und Stephan das Versammlungslokale verließen.

Vertracht! In Hannover wurde der Buchdruckerbesitzer Hartmann wegen Betrugs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte nicht weniger als viermal hintereinander den größten Teil seines Geschäftsinventars gegen eine Schuld von 35000 Mk. und gegen Darlehen in Höhe von 6800, 8000 und 17000 Mk. verkauft und schließlich das Geschäft einem andern übertragen.

Ein Pfüschblatt allerhöchster Sorte, ein wahres Verbrechen an Johann Gutenbergs Kunst, ist der „Willkür-Schiefbahner Anzeiger“. Alles, aber auch alles was schon dagewesen ist, so ein Monstrum von Preßereignis aber doch noch nicht. Gott sei Dank, die Innenseiten sind Plattendruck, sonst wäre das Malheur noch viel größer. Allein auf der ersten Seite stellen wir 105 orthographische und technische Fehler fest, die der vierten wagten wir gar nicht mehr zu zählen. Das Blatt bietet einen Anblick, daß jeder die Hände über dem Kopfe zusammenschlägt, der es sieht. Und dieser Drucker, Martin Pauli heißt der Mann, sucht obenbreit Seher zur weiteren Ausbildung! Da hört einfach alles auf.

Innungen. Nach der „Papier-Zeitung“ gibt es in Berlin 18 Zwangs- und 38 freie Innungen. Unter den letzteren zählt der Bund der Berliner Buchdruckerbesitzer 137 Mitglieder, die 3700 Gehilfen und 623 Lehrlinge beschäftigen. Die Buchbinderinne hatte 409 Mitglieder mit 2300 Gehilfen und 306 Lehrlingen.

Wodurch werden Arbeitsordnungen rechtsgültig? Ein Arbeitgeber hatte einen in seinem Gewerbebetriebe beschäftigten Gewerbegehilfen wegen angeblicher Befehlsverweigerung ohne Kündigung entlassen, indem er sich auf die Bestimmung der für seinen Betrieb gültigen Arbeitsordnung stützte, nach der jede Befehlsverweigerung einen Grund zur sofortigen Entlassung des betreffenden Arbeitnehmers abgeben sollte. Der Entlassene klagte auf Lohnentschädigung für vierzehn Tage und erreichte im Prozeßwege die Beurteilung des Prinzipals zur Zahlung der eingeklagten Summe. Der Einwand des Beklagten, daß er ein Recht hätte, gemäß der Beschrift seiner Arbeitsordnung zu verfahren, wurde vom Gerichte für irrig erklärt. Nach § 134a der Gewerbeordnung muß nämlich die Arbeitsordnung den Zeitpunkt, mit welchem sie in Wirksamkeit treten soll, angeben, und von demjenigen, welcher sie erläßt, unter Angabe des Datums unterzeichnet sein. Dies letztere, unumgängliche Erfordernis fehlt nun bei der in Rede stehenden Arbeitsordnung. Das Wesen des Erlases einer Arbeitsordnung, so äußerte sich das Landgericht Hirschberg, welches über den Fall zu entscheiden hatte, besteht aber darin, daß der Arbeitgeber die Bedingungen des Arbeitsvertrages den Arbeitern seiner Fabrik anbietet. Wenn der Ausgah diejenige Form ist, in der die allgemeinen Bedingungen des Arbeitsvertrages anzubieten sind, so fehlt es beim Mangel der Unterschrift desjenigen, welcher die Arbeitsordnung erläßt, an einem wesentlichen Erfordernisse, durch welches der Wille des Arbeitgebers zum Ausdruck gebracht wird, und es kann daher beim Fehlen der Unterschrift von einer rechtsgültigen Arbeitsordnung nicht gesprochen werden. Die Behauptung des Beklagten, daß das seinerzeit der Regierung eingesehene und dort befindliche Exemplar unterschrieben sei, ist durchaus ungewichtig, denn es kommt hier nur auf die in der Fabrik aushängende Arbeitsordnung an. Da es also erwiesen ist, daß die in der Betriebsstätte befindliche Arbeitsordnung nicht unterschrieben ist, so war die Entlassung des Klägers auf Grund dieser rechtswirksamen Arbeitsordnung ohne vorangegangene Kündigung unzulässig.

Verbotener Kongreß. Der für diese Pfingsten in Wenigenjena geplante Kongreß der Anarchisten Deutschlands ist von der dortigen Behörde verboten worden.

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 66. — Donnerstag den 8. Juni 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Die Polizei und der Generalfreist. Dieser Tage hielt Eduard Bernstein in Breslau einen Vortrag über den Generalfreist. Diese Rede wurde gedruckt und sollte als Broschüre erscheinen. Da aber das Auge des Geistes niemals schlief und ihm — völlig unbegründet — Bernstein als ein ganz gefährlicher Umstürzler erscheint, wurde in der Druckerei der „Volkswacht“ nach der angeforderten Broschüre Hausdurchsuchung gehalten, ebenso in der Wohnung des Redakteurs Löbe. Beschlagnahme wurden 108 Exemplare der „Volkswacht“, in der die Rede B. S. enthalten ist, weil durch deren Inhalt „Aufreizung zum Klassenhass“ vorliegen soll. Ede kann sich diese Klame schon gefallen lassen, und nötig hat er sie auch.

Die Kreishauptmannschaft Zwickau hat in Beantwortung einer Beschwerde entschieden, daß Baufen in gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen nur mit Genehmigung der Behörde bzw. des überwachenden Beamten gemacht werden dürfen. Da selbst das „sächsische Zügel“ zu einer derartigen Anordnung keine Handhabe bietet, so wird durch Antrag der beteiligten Arbeiterkreise sich wohl das sächsische Ministerium mit dieser höchst sonderbaren Verfügung des Zwickauer Kreisauptmanns beschäftigen müssen.

Auf dem Gebiete des Dolus eventualis ist wieder ein neuer Rekord geschlagen. In Paderborn beging ein Maurermeister, ein Konditor und — ein Polizeiergeant Hausfriedensbruch und Kindesraub. Die Viefelseder „Volkswacht“ besprach die Angelegenheit und zog sich prompt eine Verteidigungsklage zu, während die drei leer ausgingen. Die erste Strafkammer in Paderborn stellte zwar fest, daß der Artikel nicht beleidigend sei, ferner daß Hausfriedensbruch und Kindesraub vorliegen, aber der angeklagte Redakteur könne nicht nachweisen, daß die drei das richtige Bewußtsein für ihre Handlungen gehabt haben. Zwar sei dieser Vorwurf in dem Artikel auch gar nicht erhoben worden, auch streite dies der Angeklagte ausdrücklich ab, „aber es sei anzunehmen, daß er durch den Artikel bei manchen Lesern die Vorstellung des subjektiven Kindesraubes und Hausfriedensbruchs erregt habe und habe erregen wollen.“ Also den drei wegen Hausfriedensbruchs und Kindesraubes Beschuldigten wird vom Gerichte das Bewußtsein für ihre strafbaren Handlungen nicht zugesporen, der angeklagte Redakteur hat aber zweifelsohne eine strafbare Tat begangen wollen. Demnach sind die drei für Schwachköpfe angesehen worden, die man nicht verwantwörtlich machen kann für ihr Tun.

Der Altonaer Notzuchtprozess hat auch dem verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“ Wabersky eine Bestrafung eingetragen, allerdings nur eine Geldstrafe von 600 Mk., während dessen Kollege von dem „Garburger Volksblatt“ sechs Monate Gefängnis erhielt. Auch in dem fraglichen Artikel des „Echo“ wurde eine Beleidigung der Geschworenen in Altona erlitten. In diesem Prozesse wurde ebenfalls die Tat der vier Burtschen aus besseren Kreisen gegen ein fünfzehnjähriges Mädchen als eine große Rohheit und Gemeinheit bezeichnet, es hätte aber nach Lage der Sache auf Freisprechung derselben erkannt werden müssen. Die vier Bengels, von denen der eine dem Mädchen sogar eine Buße von 1000 Mark gezahlt hat, gehen frei aus, und die Blätter, welche diese auffällige Freisprechung nach Gebühr kritisieren, erleben die Verurteilung ihrer Redakteure. Und das alles von Rechts wegen!

In Königsberg hat in einem Streikprozeß ein Staatsanwalt die Verwerfung seiner eignen Verurteilung beantragt, weil sie nicht zutreffend wäre. Hier Maurer sollten absolut gegen den § 153 der Gewerbeordnung gestreift haben, wurden aber vom Schöffengerichte freigesprochen, weil gar kein Anhaltspunkt für eine Verurteilung vorlag. Das sah dann auch in der Verhandlung vor dem Landgerichte der Staatsanwalt ein, beantragte und erreichte die Verwerfung seiner Revision. Sämtliche Kosten wurden der Staatskasse aufgeladen. Wieder ein Beweis, mit welchem zweifachen Eifer Anklagen auf Grund des Galgenparagrafen des Koalitionsrechtes erhoben werden.

Zwischen seiner parlamentarischen Tätigkeit in Berlin ist dieser Tage der Zentrumsgewerbetreue Stöbel-Effen gestorben, der von 1877 bis 1893 und von 1898 bis zu seinem Tode dem Reichstage angehörte. Stöbel war der einzige Arbeiter in der Zentrumspartei.

In der Münchener Metallindustrie ist das Ziel der Unternehmer auf die Verdrängung der Arbeiterorganisationen gerichtet. Weil die Ausständigen nicht bedingungslos am 2. Juni die Arbeit wieder aufgenommen haben, wurde an diesem Tage eine Bekanntmachung in den Fabriken angeschlagen, in der die Arbeiter, „die in Treue zu ihrem Arbeitgeber zu halten gewillt sind“, aufgefordert werden, eine Erklärung nachstehenden Inhalts abzugeben: „Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich nicht Mitglied irgend einer Arbeiterorganisation bin und das Vorgehen der sogenannten Arbeiterführer auf das schärfste ver-

urteile, weil beide nur Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stiftet und gleich schädliche Folgen für Industrie und Arbeiterschaft hervorruft. Ich erkläre, daß ich weder streikende noch ausgesperrte Arbeiter mit Beiträgen unterstützen werde und genehmige ausdrücklich die Veröffentlichung dieser meiner Erklärung und Unterschrift.“ Einmütig wiesen die Versammlungen der Ausständigen die ihnen zugemutete Charakterlosigkeit zurück. Nunmehr drohen die Unternehmer mit einer Aussperrung aller Metallarbeiter in Bayern. Die Herren werden sich die Sache noch einmal überlegen, denn ihre Herausforderung hat der Einigkeit der Arbeiter hervorragende Dienste geleistet. — Nachträglich teilt die „Münchener Post“ mit, daß 93 Arbeiter den obigen Revers unterzeichnet, 1391 aber die Unterschrift verweigert haben. Von den 93 Unterzeichnern sind die meisten Unvalken, nur etwa 15 sind Vollarbeiter. Die Gesamtzahl der ausgesperrten und Streikenden beträgt etwa 2500 Mann.

Von der Ueberstundenwelt! Der Inhaber der größten Maschinenfabrik in Halle a. S. wurde davon unterrichtet, daß es mehrfach vorgekommen sei, daß Metallarbeiter, ohne von den Meistern bestimmt worden zu sein, Ueberstunden gemacht haben, weshalb der Firmeninhaber nach der letzten Lohnzahlung durch Anschlag am schwarzen Brette bekannt machte, daß diejenigen Arbeiter, die freiwillig Ueberstunden leisten, Lohn dafür nicht erhalten.

Im Berliner Schneidergewerbe stehen nunmehr 2000 Arbeiter im Auslande. Hierzu kommen 1100 Streikende in Hamburg, 200 in Straßburg, 200 in Nürnberg; im ganzen sind in 55 Städten über 10000 Streikende vorhanden. Wie soeben mitgeteilt, ist der Kampf zugunsten der Streikenden durch Vergleichsverhandlungen beendet worden.

Die Vieh- und Fleischpreise haben nachgerade eine Höhe erreicht, die sogar über die des Herbstes von 1902 hinausgeht, als infolge der Viehpreise die Steigerung der Fleischpreise eine ganz enorme war. Jetzt stehen nämlich die Preise für die Rindviehart durchschnittlich um 3 bis 4 Mk., für Schweine um 2 Mk. pro 100 Kilogramm höher als damals während der großen Teuerung. In welchem Maße die Preissteigerung noch in der letzten Zeit weiter gegangen, zeigt der Bericht des Berliner Schlachtviehmarktes, an welchem notiert wurden für 100 Kilogramm Schlachtgewicht vollfleischiger Ochsen zu Ende April 138 bis 146 Mk., Ende Mai 140 bis 148 Mk., für jüngere, nicht ausgemästete Ochsen 128 bis 136 Mk. resp. 130 bis 138 Mk., für vollfleischige ausgemästete Kühe 112 bis 118 Mk. resp. 122 bis 126 Mk., für Schweine besser Qualität 126 resp. 132 Mk., für fleischige Schweine mittlerer Qualität 120 bis 124 Mk. resp. 126 bis 130 Mk. Im Detailhandel ist der Preis pro 100 Kilogramm durchschnittlich um 10 bis 15 Pf. höher als vor drei Monaten. Bis zum Herbst wird die Aufwärtsbewegung der Preise noch anhalten, also zu einer direkten Kalamität führen. Die Trockenheit des vorjährigen Sommers trägt die Hauptschuld an diesen Verhältnissen, daß aber unsere widerwärtige, nur im Interesse der Agrarier gelegene Ueberzählung gleich als zweites Moment in Betracht kommt, zeigt die Tatsache, daß in Oesterreich-Ungarn, Rußland, Dänemark, Holland, Belgien und Frankreich die Viehpreise jetzt beträchtlich niedriger sind als bei uns.

In Dresden befinden sich nunmehr die Zigarettenarbeiterinnen in 25 der dem Arbeitgeberverbande angehörenden Zigarettenfabriken im Auslande um ihr Koalitionsrecht. — In Lübeck haben sämtliche Bauarbeiter, Maurer und Zimmerleute zwecks einer 15prozentigen Lohnerhöhung die Arbeit niedergelegt. — In Weimar sind am Montag sämtliche Arbeiter der Fabrik für Eisenbahn- und Militärbedarf ausgesperrt worden. — In Kolberg sind die Maler in den Streik getreten.

Briefkasten.

R. S. in Aachen: Ihr für die Redaktion pläbierender Artikel kann keine Aufnahme mehr finden, da so kurz vor der Generalversammlung eine Diskussion im „Corr.“ nicht mehr möglich ist. Eine Ausnahme hiervon machen nur Versammlungsberichte. Sie werden sich deshalb wohl nicht an die Beschwerdekommision wenden. — G. F. S. in Leipzig: Ihr gegen die Redaktion gerichteter Artikel kann aus oben angegebenen Gründen ebenfalls keine Aufnahme mehr finden. Wir glauben in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn wir das Manuskript an den Zentralvorstand beifügig Uebermittlung an die zu wählende Beschwerdekommision senden. — S. E. in Ganau: Bitte, senden Sie ein. Gruß! — C. W. in Weiden: 1. Wie oben unter Aachen. 2. Da der Antrag ja gestellt ist und jetzt eine Diskussion keinen Zweck mehr hat, abgelehnt. — J. S. in Dresden: Können Sie uns die betreffende Nummer nicht zugänglich machen, sonst nicht zu verwenden. — H. B. in Düsseldorf: Abgelehnt. Zu Ihrer Bequemlichkeit nehmen wir das Manuskript nach Dresden mit, da Sie wegen dieser Ueberlegung wohl Beschwerde führen werden. — K. J. S. Es kommt hier nur der § 35 des Tarifes und besonders dessen Absatz 3, in Betracht;

da wir aber in Tarifachen keine Auskünfte erteilen, wollen Sie sich an Ihren Geschäftsbereiter wenden. — F. B. in Königsberg: Sie wollen die Schlussnotiz unter „Briefkasten“ in Nr. 56 des „Corr.“ beachten.

Fortgesetzt laufen Dienstags, Donnerstags und Sonnabends mit dem vierten Postbesellgange (1/4 1 Uhr) noch Verbandsnachrichten und Inserate ein, welche Aufnahme in die jeweilig nächste Nummer finden sollen. Das ist unmöglich! Was sich an den genannten Tagen nicht um 1/4 1 Uhr (dritter Besellgang) in unseren Händen befindet, kann keine Aufnahme mehr finden, von Artikeln und Korrespondenzen natürlich ganz abgesehen. Die Aufgabe solcher Einigungen hat daher am Abend zuvor zu geschehen. — Sodann bitten wir wiederholt, Geldsendungen für die Geschäftsstelle des „Corr.“ nur an Konrad Eichler zu adressieren, niemals aber den Vermerk „zu Händen“ anzubringen. Einigungen unter „Verbandsnachrichten“ sind ebenfalls an die bezeichnete Adresse zu richten. Alles übrige geht an die Redaktion; nur in persönlichen Angelegenheiten adressiere man aber an den Betreffenden selbst, und zwar mit dem Zusatz: Privatim.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Frankfurt-Oeffen. Sichwähl. Eingegangen sind 1564 gültige Stimmzettel. Es erhielten die Kollegen: Bornhoff 529, Pfitzipp Guthardt 629, Leonhardt Dorich 755, Konrad Engelbach-Raffel 840 Stimmen. Gewählt sind die Kollegen Leonhardt Dorich und Konrad Engelbach. Als Stellvertreter fungiert eventuell Kollege Pfitzipp Guthardt.

Rheinland-Weiffalen. Resultat der Stichwahl zur Generalversammlung der Zentralinvalidenkasse in Ligu. Eingegangen 303 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen die Kollegen: P. Graßmann 273, D. Mirrow 208, Gw. Müller 91, H. Beder 30. Die beiden ersten sind somit gewählt.

Bezirk Barmen. Die nächste Bezirksversammlung findet Sonntag den 2. Juni in Burg a. d. W. statt. Anträge sind bis zum 19. Juni an den Vorsitzenden K. Klinau in Barmen, Rüdigerstraße 7, einreichen. Alles weitere geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Bezirk Bonn. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 9. Juli in Kreuznach statt. Anträge sind bis spätestens 2. Juli an den Vorsitzenden Th. Walbus in Bonn-West, Burggartenstraße 14, einzuliefern. Näheres durch Zirkular.

Bezirk Duisburg. Der Seher Hermann Rosink wird ersucht, baldigst sein Verbandsbuch beim Kollegen Heinrich Wimar, Heerstraße 2, einzuliefern, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Essen. Die in diesem Jahre laut Beschluß des Ganges vom Vororte vollzogenen Wählerwahlen zum Vorstande haben folgendes Resultat ergeben: Max Adamczewski, Heinrich Müller, Richard Kapp, Eugen Schöred und Ludwig Kuhlmann.

Wülheim (Ruhr). Infolge Rücktritts des ersten Vorsitzenden sind bis auf weiteres sämtliche Sendungen und Anfragen an den zweiten Vorsitzenden M. Ubleiter, Schillerstraße 28, p., zu richten.

Stargard i. Pom. Der Seher Karl Albert Hoffmann aus Stallupönen, zuletzt am hiesigen Orte in Konfession, wird hiermit aufgefordert, seine Karte zu begleichen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Verbandsfunktionäre werden gebeten, H. hierauf aufmerksam zu machen eventuell seine Adresse an unsern Kassierer Emil Gahnsfeld, Bergstraße 40, gelangen zu lassen.

Zwickau. Als Vorsitzender der hiesigen Mitgliedschaft fungiert von jetzt ab: Hermann Krasser, Glauchauerstraße 56, I; als Kassierer: Emil Beringswald, Glauchauerstraße 24, II; als Revisor: Alfred Rügner.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

Zu Barmen 1. der Seher Paul Lange, geb. in Barmen 1887, ausgl. da. 1903; 2. der Drucker Adolf Huhn, geb. in Barmen 1887, ausgl. da. 1905; 3. der Galvanoplastiker Wilhelm Fienberg, geb. in Barmen 1877, ausgl. da. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Zu Ronsdorf der Seher Joh. Sinnig, geb. in Papenburg 1879, ausgl. da. 1897; war schon Mitglied. — Karl Klinau in Barmen, Rüdigerstraße 7.

In Berlin die Seher 1. Hans Kreuz, geb. in Berlin 1882, ausgl. in Kösnig i. Anh. 1902; 2. Hans Beyer, geb. in Berlin 1878, ausgl. da. 1897; 3. Hermann Buder, geb. in Beeskow 1874, ausgl. da. 1892; 4. Ernst Eichler, geb. in Wildberg 1881, ausgl. in Meiningen 1898; 5. Georg Fütmeier, geb. in Berlin

